

Anwohner künden Widerstand an

Von Nik Sarbach. Aktualisiert um 08:52

Eine Gruppe von Anwohnern will sich vehement gegen den Abriss der 14 Häuser der Bau- und Wohngenossenschaft Freistatt wehren.



Die Häuser der Wohnbaugenossenschaft Freistatt Thun an der Längasse sollen einer modernen Wohnüberbauung weichen.

Bild: Patric Spahni

Etwas gesehen, etwas geschehen?



Sie liegt noch nicht einmal im Detail vor, die Zone mit Planungspflicht (ZPP) Freistatt, da regt sich auch schon Widerstand. In einem Schreiben an die Direktorin für Stadtentwicklung Marianne Dumermuth (SP), das dieser Zeitung vorliegt, machen Anwohner der Freistatt klar, dass sie sich mit allen Mitteln gegen den Abriss der Häuser, die heute noch der Gemeinnützigen Bau- und Wohngenossenschaft (GBWG) Freistatt gehören, wehren werden. «Für uns ist der Abriss der schützenswerten Gebäude inakzeptabel», schreiben die

Haben Sie etwas Aussergewöhnliches gesehen, fotografiert oder gefilmt? Ist Ihnen etwas bekannt, das die Leserinnen und Leser von Bernerzeitung.ch/Newsnet wissen sollten? Senden Sie uns Ihr Bild, Ihr Video, Ihre Information per MMS an **4488** (CHF 0.70 pro MMS).



Die Publikation eines exklusiven Leserreporter-Inhalts mit hohem Nachrichtenwert honoriert die Redaktion mit **50 Franken. Mehr...**

Korrektur-Hinweis

Melden Sie uns sachliche oder formale Fehler.

Teilen und kommentieren



Tweet

0
0

Anwohner. Zwar habe ein Treffen mit Vertretern des Planungsamtes stattgefunden, allerdings seien noch zu viele Fragen offen. «Etwa, wo die jetzigen GBWG-Bewohner nach dem Neubau bezahlbaren Wohnraum finden sollen», präzisiert Daniel Schütz von der Interessengemeinschaft Sonnenweg, «oder ob eine sanfte Renovation der bestehenden Bauten nicht doch wirtschaftlicher wäre.» Letzterer Aspekt werde aktuell bereits ausgeblendet.

Referendum als Option

«Nun ist uns klar, dass wir, sollte die Zonenplanänderung durch den Stadtrat genehmigt werden, das Referendum ergreifen werden und danach die Thuner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auffordern wollen, kundzutun, ob ein Abriss der Freistatt der richtige Weg sein kann», steht im Schreiben an Dumermuth.

Marianne Dumermuth zeigt sich nicht überrascht ob dem Schreiben. «Anlässlich eines Gespräches haben die Anwohnenden ihre Kritik an der Planung angebracht, und wir haben sie noch gebeten, ihre Anliegen schriftlich einzureichen», sagt sie. Diese würden

gleichwertig wie die anderen Eingaben aus der öffentlichen Mitwirkung behandelt. «Um die frühe Mitwirkung sind wir aber natürlich froh», hält sie fest.

«Verdichtung wäre sinnvoll»

Mit den GBWG-Häusern müsse aber ohnehin etwas geschehen, so die Gemeinderätin. «Aus Sicht der Stadtentwicklung wäre eine Verdichtung an dieser Stelle sicher sinnvoll.» Die ZPP werde unter Berücksichtigung der Eingaben nun ohnehin überprüft. Es folgen anschliessend der Mitwirkungsbericht und die kantonale Vorprüfung.

Die ZPP sieht vor, auf dem 23'000 Quadratmeter grossen Areal an der Länggassstrasse eine neue Wohnüberbauung zu errichten (wir berichteten). Der bis 2043 laufende Baurechtsvertrag der Stadt Thun mit der GBWG Freistatt wird gemäss einer Absichtserklärung von 2011 vorzeitig aufgelöst. Diese Absichtserklärung sieht zudem vor, dass die Stadt der GBWG die Häuser abkaufen könnte. Aus dem Erlös würde die Genossenschaft voraussichtlich rund ein Drittel des Terrains zurückkaufen und selbst bebauen. Das übrige Land sollen Private bebauen können. Anfang Jahr fand in dieser Angelegenheit ein Mitwirkungsverfahren statt. Dabei sind 10 Eingaben eingereicht worden. (Thuner Tagblatt)